

Den Präsidenten umringen

Leitartikel von EL Tiempo vom 6.5.03 über die Ermordung von 10 Geiseln durch die FARC

Angesichts der vorhersehbaren Verschärfung des Konflikts weiß die überwältigende Mehrheit im Land, wo sie steht.

Etwa um Mitternacht dieses blutigen Montags, mehr als fünf Stunden nachdem die FARC in einem Kommuniqué der Regierung die Schuld am Tod der Entführten gegeben hatte, die sie kaltblütig erschossen hatte, kam die lange erwartete Erklärung von Präsident Uribe zu den tragischen Ereignissen an die Öffentlichkeit. Eine klare und solide Erklärung, die man allerdings gern etwas früher erhalten hätte.

Der energischen Intervention des Staatsoberhauptes, in der er versicherte, dass das Heer nicht einen einzigen Schuss abgegeben habe und in der er seine Haltung zu einem humanitären Gefangenenaustausch präzisierte, waren detaillierte Erläuterungen der Kommandanten des Heeres und Fudra (Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung, A.d.Ü.) vorausgegangen sowie lange Interviews im Krankenhaus mit den verwundeten Soldaten und Fragen des Präsidenten an die Überlebenden. Eine beeindruckende Montage, eine Form von "Reality TV", mit der eine neue Kommunikationsstrategie der Regierung zum Ausdruck kommt.

In seiner Erklärung bestand Uribe darauf, dass die Politik der Herstellung der Öffentlichen Ordnung Vorrang habe vor dem Streben nach einem Gefangenenaustausch und betonte, dass weder Krisen noch Druck ihn von seiner Linie abbringen könnten. Eine Haltung, die nach den von uns durchgeführten Umfragen einen enormen Rückhalt im ganzen Land findet.

Er gab keine Einzelheiten darüber bekannt, wie die entscheidenden 20 Minuten abliefen zwischen dem Auftauchen des Militärs, der Ermordung der Geiseln und der Flucht sämtlicher Guerilleros, Minuten, in denen das Scheitern der Rettungsoperation sich entschied. Wäre diese erfolgreich verlaufen, hätte der Präsident einen enormen Entscheidungsspielraum gewonnen und den Druck nach einem Gefangenenaustausch stark vermindert. Die Geschehnisse stellen ihn jedoch vor zwei sehr komplizierte Kontroversen: Die über ein humanitäres Abkommen, worüber es sehr polarisierte Meinungen gibt, und die darüber, welche Rettungsaktionen legitimerweise durchgeführt werden sollten.

Die Antwort auf Geiselnahmen (und Kolumbien hat fast 3000 davon!) ist eine der schwierigsten Entscheidungen eines jeden Präsidenten.....

Carter mit den Geiseln im Iran, Fujimori in der japanischen Botschaft und Putin in dem Moskauer Theater erlebten Grenzsituationen ihrer Präsidentschaften.....

In Wahrheit ist es schwer, eine Linie zu finden, die in allen denkbaren Situationen anwendbar ist. Der kollektive Zorn auf die FARC spricht zur Zeit gegen einen humanitären Austausch.

Andererseits erzeugte der Schmerz über den Verlust der Menschen im gestürzten Justizpalast (1985, A.d.Ü.) eine gegenteilige Meinung: Kritik an der Regierung, weil diese nicht zum Dialog bereit gewesen ist. Wiederum hinterließ die erfolgreiche Rettungsaktion für den Bischof von Zipaquirá ein ganz anderes Gefühl als es heute vorherrscht.

Ohne die schwierigen Fragen beantworten zu können, die die Tragödie vom Montag aufwirft (Haben wir eine Elitetruppe, die für riskante Rettungsaktionen ausgebildet ist?, Entscheidet über solche Aktionen die Regierung mit oder ohne Zustimmung der Angehörigen?), darf kein Kolumbianer sich täuschen über die Notwendigkeit, die Verantwortlichen dieses Massakers zu verurteilen und sich um den Präsidenten zu scharen. Denn es besteht kein Zweifel, dass der Konflikt sich noch weiter verschärfen wird. Die FARC hat klar gezeigt, dass sie nicht zögert, ihre Geiseln umzubringen. Und die Regierung hat ihren Glauben an die Anwendung von Gewalt bestätigt, wobei sie gleichzeitig gewisse Spielräume für Dialoge offen hält, die jene freilich als nicht akzeptabel bezeichnet.

Angesichts dieser Radikalisierung der Positionen ist es klar, wo die überwältigende Mehrheit im Land steht.